

4. Analyse der aktuellen EU- Politik zu Fairem Handel und Handelsgerechtigkeit

Die Handelspolitik der EU

Die Bewegung des Fairen Handels geht davon aus, dass die Berücksichtigung qualitativer Aspekte im Handel im Sinne sozialer und ökologischer Trag- und Zukunftsfähigkeit für benachteiligte ProduzentInnen im Süden einen Weg heraus aus der Armut darstellt.

Die gemeinsame Handelspolitik der Europäischen Union wird von den Mitgliedsstaaten und der Kommission jedoch fast ausschließlich als Mittel zur Markterschließung für europäische Unternehmen gesehen. Als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa wird die Handelspolitik noch aggressiver gestaltet, denn die EU geht davon aus, dass in der nahen Zukunft 90 Prozent des weltweiten Wirtschaftswachstums außerhalb Europas generiert werden¹.

Wenn nichteuropäische Unternehmen bessere Marktzutrittschancen in die EU erhalten sollen (wovon häufig Großkonzerne der wirtschaftlichen Eliten profitieren), werden in den Verhandlungen zum Ausgleich oft Zollsenkungen für europäische Produkte und Dienstleistungen sowie zusätzliche Auflagen für die HandelspartnerInnen der EU gefordert.

So sind Freihandelsabkommen für die EU-Kommission etwa eine Möglichkeit, um ihre HandelspartnerInnen daran zu hindern, bei öffentlichen Aufträgen – etwa bei Schulspeisungsprogrammen – lokalen KleinproduzentInnen den Vorzug zu geben. Das bedeutet, dass die Länder des Südens nicht mehr frei entscheiden können, welche Politik sie zum Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele verfolgen wollen.

Die Entwicklungspolitik der EU

Bislang wurden KleinproduzentInnen von den EntscheidungsträgerInnen kaum als wichtige AkteurInnen für Entwicklung wahrgenommen, doch zeichnet sich hier ein Wandel ab. So wird etwa ihre Rolle für die Ernährungssicherheit nun deutlicher erkannt. Die aktuelle Entwicklungsstrategie der EU (die „Agenda for Change“) unterstreicht die Bedeutung der Unterstützung von KleinproduzentInnen und des ländlichen Raumes sowie der Entwicklung des lokalen Privatsektors.

Das sind gute Nachrichten, da sie bedeuten, dass in allen künftigen Programmen und Mittelzuteilungen der EU Maßnahmen zur Stärkung von KleinproduzentInnen prioritär zu berücksichtigen sind.

¹ Europäische Kommission. Beitrag der Kommission zur Debatte des Rats über Handel, Wachstum und Beschäftigung. Abrufbar unter http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/total_de.pdf.

Gleichzeitig bedeutet die „Agenda for Change“ für viele Schwellenländer (vor allem aufstrebende große Volkswirtschaften wie China, Brasilien und Indien) eine drastische Kürzung der EU-Mittel, da diese Staaten bei den relevanten Wirtschaftsindikatoren gut abschneiden. Ein solcher Ansatz wirkt zunächst logisch, doch ist der Wohlstand in den betreffenden Ländern höchst ungleich verteilt. 72 Prozent der armen Bevölkerung weltweit, die „unterste Milliarde“, lebt nicht in armen Ländern, sondern in den Staaten im mittleren Einkommensbereich².

Ein wesentliches Problem der EU-Politik liegt bedauerlicherweise in der mangelnden Kohärenz in Zusammenhang mit der Entwicklungspolitik. Für die Entwicklungszusammenarbeit der EU wurden zwar große Ziele definiert, doch wird die Auswirkung anderer Politikbereiche (etwa Handel und Landwirtschaft) auf die Entwicklung großteils außer Acht gelassen.

Öffentliches Beschaffungswesen

In den geltenden EU-Vergaberichtlinien³ aus dem Jahr 2004 wird die Einführung sozialer Kriterien nicht explizit erwähnt. Das führte zu einer unklaren Situation und zu Rechtsunsicherheit in der Frage, wie der Faire Handel im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe unterstützt werden kann. In der Folge kam es sogar zu Gerichtsverfahren auf nationaler Ebene, und ein Fall ging vor den Europäischen Gerichtshof⁴. Dessen Urteil ist in Hinblick auf die Einführung von Fair-Handels-Kriterien im Vergabewesen sehr ermutigend, da der Gerichtshof diese Möglichkeit eindeutig akzeptiert.

Die Vergaberichtlinien der EU wurden im Januar 2014 überarbeitet und in einer neuen Fassung vorgelegt. Öffentliche Stellen können nunmehr im Rahmen des Beschaffungsvorgangs auch Produktionsprozesse (etwa Fairen Handel) und Nachhaltigkeit als Kriterium heranziehen. Diese günstige Rechtslage ist ein Signal für öffentliche Stellen, den Fairen Handel weiterhin durch verantwortungsvolle Beschaffungsentscheidungen zu unterstützen.

² Nähere Informationen unter <http://www.ids.ac.uk/project/the-new-bottom-billion>.

³ Die Rechtsgrundlagen für Auftragsvergaben in der EU sind vor allem Richtlinie 2004/17/EG zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste sowie Richtlinie 2004/18/EG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge.

⁴ C-368/10, der so genannte Fall Nord-Holland.

Regelungen für die Lieferkette

Für unfaire Handelspraktiken bei Transaktionen zwischen Unternehmen gibt es noch keine EU-Regelungen. Vor allem in Europa haben die Bäuerinnen und Bauern jedoch laut und deutlich ihre Stimme erhoben, um aufzuzeigen, dass sie die Leidtragenden unfairer Handelspraktiken sind.

2014 wird eine Entscheidung der Kommission in Hinblick auf die künftige Stoßrichtung erwartet. Wie auch immer diese Entscheidung ausfällt – wichtig ist ein System, das auch ProduzentInnen außerhalb der EU Schutz gegen unfaire Handelspraktiken bietet, wenn sie ihre Produkte in die EU exportieren.

Gleichzeitig ist die europäische Wettbewerbspolitik darauf ausgerichtet, den VerbraucherInnen in der EU Zugang zu einer Vielfalt an billigen Produkten und Dienstleistungen zu ermöglichen. Dieses Verständnis von Mehrwert im Wettbewerbsrecht impliziert jedoch, dass die VerbraucherInnen nur an Schnäppchen interessiert seien, so als ob für sie allein der Preis der Ware zählte, während ihnen die Arbeitsbedingungen der ProduzentInnen und ArbeiterInnen egal seien.

Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum

Seit 2012 gibt es in der Europäischen Union den Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Verbrauch und Produktion und für eine nachhaltige Industriepolitik⁵. In diesem Zusammenhang entstand eine Reihe von Initiativen, die ihr Augenmerk auf die Umweltauswirkungen von Produkten und die Nichtbeachtung ökonomischer und sozialer Komponenten der Nachhaltigkeit richten.

⁵ Der Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Verbrauch und Produktion und für eine nachhaltige Industriepolitik ist unter http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sustainable-business/environment-action-plan/index_de.htm abrufbar.

Der Faire Handel wird im Aktionsplan an mehreren Stellen als modellhaftes Beispiel angeführt, doch noch ist die EU nicht bereit, den nächsten logischen Schritt zu setzen, nämlich eine koordinierte Politik für Fairen Handel zu verfolgen und den Fairen Handel in der EU-Politik durchgängig zu berücksichtigen.

Fairer Handel und die Politik der EU

Trotz der wachsenden Unterstützung des Fairen Handels durch die BürgerInnen der EU und des beeindruckenden Umsatzzuwachses des Fairen Handels in den letzten Jahren, trotz großer politischer Unterstützung durch das Europäische Parlament und den Ausschuss der Regionen sowie in zahlreichen Mitgliedsstaaten gibt es keine echte europäische Strategie zur Förderung des Fairen Handels.

In der derzeitigen Politik des Handelskommissars ist Fairer Handel lediglich eine Nachhaltigkeitsschema im Sinn der Verbrauchersicherheit, und es scheint kein Interesse daran zu bestehen, fair gehandelten Produkten einen höheren Stellenwert einzuräumen, der über „business as usual“ hinausgeht. Angesichts der Tatsache, dass der Faire Handel einen wesentlichen Mehrwert darstellt, der sich direkt auf die nachhaltigen Entwicklungsziele der Kommission auswirkt, ist die gegenwärtige Haltung der EU schlicht nicht nachvollziehbar. Nimmt man sich die koordinierte EU-Strategie zur Förderung der biologischen Anbaus als landwirtschaftliche Alternative zum Vorbild, so sollte die Europäische Union neben der konventionellen Handelspolitik auch ein koordiniertes Vorgehen zur Förderung des Fairen Handels als alternatives Modell anstreben, das zur nachhaltigen Entwicklung beiträgt und sicherstellt, dass die benachteiligten ProduzentInnen und ArbeiterInnen von diesem Modell profitieren.

